

SCHWEIZER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.

Neue Vizepräsidentin

Die Delegierten wählten Alessandra Gianella am Tag der FDP zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die 36-jährige Tessinerin ist seit 2015 Grossrätin und seit drei Jahren Fraktionschefin im Tessiner Kantonsparlament. Mit der Wahl Gianellas umfasst das Präsidium unter Präsident Thierry Burkart nun fünf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. **Seite 6 und 7**

Kantonale Wahlen

Bei den Wahlen im Kanton Zug konnte die FDP im Parlament zwei Sitze gewinnen, und die beiden Regierungsräte wurden souverän wiedergewählt. Im Februar stehen nun Wahlen in den Kantonen Zürich und Baselland auf dem Programm. In beiden Kantonen ist die FDP gut aufgestellt und bereit, den positiven Trend fortzusetzen. **Seite 13, 18 und 19**

Intensives Jahr für Karin Keller-Sutter

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter stark gefordert. In einem Gastbeitrag für den «Freisinn» zeigt die Justizministerin auf, wie die Schweiz in den letzten Monaten den grossen Zustrom an Flüchtlingen aus der Ukraine meisterte und wieso sich der Schutzstatus S bewährt hat. **Seite 14 und 15**

**Für die
FDP Schweiz arbeiten**

Wir suchen Verstärkung!
QR-Code scannen und die
aktuellsten Job-Angebote
der FDP Schweiz entdecken.


**Gemeinsam kämpfen –
gemeinsam siegen!**
Die FDP ist bereit für den Wahlkampf

In knapp einem Jahr finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP hat am Parteitag in Burgdorf zusammen mit 900 Freisinnigen offiziell den Wahlkampf lanciert. Unser Ziel ist klar: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen. Die jüngsten Umfragen zeigen, dass die FDP auf Kurs ist. Dazu kommen positive Ergebnisse in den kantonalen Wahlen. Nun braucht es einen engagierten Wahlkampf aller Beteiligten, damit die FDP 2023 zu den Siegern gehört.

Seite 2, 16, 17 und 23

Inhalt

- 3 Aus dem Archiv
- 4 FDP setzt sich für 5G ein
- 5 Wir sagen DANKE
- 6/7 Interview mit der neuen
Vizepräsidentin
Alessandra Gianella
- 8 FDP Service Public analysiert
die AHV-Abstimmung
- 9 Einstehen für eine liberale
Gesellschaft
- 10 Vereinbarkeit von Beruf und
Familie fördern
- 11 Jungfreisinnige treffen sich
in Cressier
- 12 Mehr digitale Kompetenz für
die Schweiz
- 13 FDP Zürich ist bereit
für die kantonalen Wahlen
- 14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf
ein intensives Jahr zurück
- 16/17 Rückblick auf
die Herbstsession
- 18 FDP Zug gewinnt bei
den kantonalen Wahlen
- 19 Ausblick auf die Wahlen
in Baselland
- 20/21 Tag der FDP in Burgdorf
- 22 Verbände lancieren
«Perspektive Schweiz»
- 23 Wahlbarometer und Kolumne



Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

- › Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.
- › Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.
- › Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Alters-

vorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristige eine möglichst CO₂-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlergebnis bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Vor zehn Jahren befasste sich der Freisinn mit der steigenden Kriminalität.



Erfolgreicher Kampf gegen Kriminalität

Der «Freisinn» vor 10 Jahren

Im Dezember 2012 befasste sich der «Freisinn» mit der steigenden Kriminalität und den Lösungen der FDP. Seither hat sich die Lage entspannt. Wenig Fortschritt gab es dagegen beim Freihandelsabkommen mit Malaysia, das Bundesrat Schneider-Ammann vor zehn Jahren erstmals forcierte.

Steigende Kriminalitätsraten in der Schweiz veranlassten die FDP Ende 2012, politisch aktiv zu werden und verschiedene Forderungen und Vorstösse zur Eindämmung der Kriminalität zu platzieren. Der «Freisinn» vom Dezember 2012 befasste sich ebenfalls mit dem Thema und zeigte auf, wo die FDP ansetzen will. Die Partei forderte insbesondere eine bessere Definition von Wiederholungstätern, beschleunigte Verfahren bei Kleindeelikten, mehr Mittel für den Justizapparat, höhere Strafen für Drogenhändler sowie die Umsetzung der FDP-Motion gegen die Geldstrafe. Nationalrat Kurt Fluri äusserte sich zudem im Interview mit dem «Freisinn» zur gestiegenen Kriminalität: «Man kann sicher nicht sagen, dass die Schweiz ein Paradies für Verbrecher ist. Aber statistisch kann man nachweisen, dass gewisse Deliktarten wie Einbrüche, Autoaufbrüche oder Delikte gegen die körperliche Integrität sprunghaft zugenommen haben.» Der Solothurner Nationalrat betonte im Interview aber auch, dass er sich in der Schweiz nicht fürchte. «Ich persönlich fühle mich sicher, aber ich verschliesse die Augen nicht vor den geänderten Verhältnissen.»

Kriminalität ging zurück

Betrachtet man die Kriminalitätsstatistik der letzten zehn Jahre, lässt sich feststellen, dass es in den Jahren 2012 und 2013 tatsächlich einen Peak der Kriminalität gab. Seither sind insbesondere Vermögens- und Drogendelikte sowie Diebstähle deutlich gesunken. Bei den Gewaltdelikten blieb das Niveau ungefähr gleich. Auch wenn wahrscheinlich verschiedene Faktoren zum Rückgang der Kriminalität führten, war es im Rückblick richtig, dass sich die FDP damals dem Thema angenommen hat und konstruktive Lösungsvorschläge präsentiert hat.

2012 war auch das Jahr, in dem Philipp Müller das Parteipräsidium von Fulvio Pelli übernahm. Im «Freisinn» zum Jahresende richtete Müller das Wort an die Parteimitglieder und bedankte sich für das Engagement: «Ich sprach mit vielen Mitgliedern und habe unzählige Fragen beantwortet. Und dabei ist mir aufgefallen, dass Sie, liebe FDPLer und FDPLerinnen, im Normalfall auch keine Freunde von Ruhe und Beschaulichkeit sind. Ich spüre Ihre Motivation, Ihr Engagement und Ihre Freude, zu politisieren und sich einzusetzen.» Ende 2022 ist



Interview mit Nationalrat Kurt Fluri.



Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann auf Fernost-Reise.

der Parteipräsident zwar immer noch Aargauer, heisst aber Thierry Burkart. Die Aussagen von Müller haben aber nach wie vor Gültigkeit.

Langes Warten auf Malaysia-Abkommen

Auch Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann richtete in der Ausgabe vom Dezember 2012 das Wort an die Leser des «Freisinns». Der damalige Wirtschaftsminister berichtete von seiner Asienreise, die ihn nach Japan, Singapur und Malaysia führte. Schneider-Ammann hielt fest, dass die wirtschaftliche Dynamik in Asien der Schweiz viele Möglichkeiten eröffne: «Für unsere Industrie ist die Öffnung der boomenden Märkte Asiens und Amerikas von zentraler Bedeutung – erst recht angesichts der verhaltenen wirtschaftlichen Aussichten in Europa. Die wirtschaftliche Dynamik, die etwa in Malaysia herrscht, ist beeindruckend.» In Malaysia unterzeichnete er damals ein Rahmendokument für Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Zehn Jahre und zwölf Verhandlungsrunden später ist immer noch kein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Malaysia in Sicht – hauptsächlich aufgrund der Palmöl-Thematik. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht noch einmal zehn Jahre bis zum tatsächlichen Abschluss dauert.

Marco Wölfli

QR-Code scannen und den ganzen «Freisinn» vom Dezember 2012 lesen.





Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell

sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzen uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli



Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus? Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine prägender, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz? Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür? Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen

waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

Was tut Benevol Schweiz dagegen? Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug? Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus? Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsiden in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre

Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samaritervereins, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an desimone@plr.ch oder QR-Code scannen.



Thomas Hauser.

gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.



«Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?

Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?

Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte

an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?

Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfließen.

Sie haben eine starke Verbundenheit zu China.

Wie ist es dazu gekommen?

Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

Was fasziniert Sie an China?

Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China kompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,

Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.



Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber



Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität,

die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Economiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

Der Abstimmungserfolg bei der AHV 21 sorgt auch im Nachgang zu Debatten.



«It's the economy, stupid!»

Analyse zur Abstimmung über die AHV 21

Das linke Narrativ, dass die Frauen von den Männern bei der Reform AHV 21 überstimmt worden seien, ist unzureichend. Andere Faktoren wurden bisher zu wenig stark gewichtet.

Die ersten Hochrechnungen sagten am 25. September 2022 kurz nach Schliessung der Urnen ein denkbar knappes Rennen um die Reform AHV 21 voraus. Ohne auf das Endresultat zu warten, glaubten die Gegner der Reform und die SRF-Journalisten aber bereits zu wissen, wer wie gestimmt hat: Die Männer hätten der Reform mit überwältigender Mehrheit zugestimmt und somit den Frauen gegen ihren Willen ein höheres Rentenalter aufgezwungen. Quasi in der Endlosschleife wurde das Narrativ auf dem staatlich konzessionierten TV-Sender einem Mantra gleich wiedergegeben: «Die Männer haben die Frauen überstimmt.» Wie konnten sich Journalisten, Politologinnen und rot-grüne Politiker da so sicher sein? Werden im Abstimmungslokal neuerdings strichprobenartig Handschriftenanalysen vorgenommen, um damit Rückschlüsse auf Geschlecht oder Alter der Stimmberechtigten zu ziehen? Wohl kaum. Als Evidenz wurden Nachwahlbefragungen, sogenannte Exit Polls, herangezogen. Eine Methode, die ungenauer ist als Hochrechnungen. Evident, aber er-

staunlicherweise wenig diskutiert war der Röstigraben. Alle Westschweizer Kantone lehnten die Vorlage ab und dies zum Teil sehr deutlich. Ist der prozentuale Anteil an Männern in der Romandie nun etwa kleiner als in der Deutschschweiz? Das ist kaum der Fall, was den von den AHV-21-Gegnern lamentierten Geschlechtergraben bis zu einem gewissen Grad relativiert.

Soziale Herkunft ist mitentscheidend

Überhaupt nicht diskutiert wurde am Abstimmungssonntag ein Graben, den der erfolgreiche deutsche Komiker Felix Lobrecht, am 31. Juli 2022 zu Gast bei Sternstunde Philosophie, der verdutzten SRF-Moderatorin darstellte: Nicht die Nationalität, nicht das Geschlecht und nicht die Religion sind bestimmend für den Verlauf des weiteren Lebens, sondern die soziale Herkunft. An deutschen Universitäten würden Akademiker Kinder von Akademikern zu Akademikern ausbilden. In der Schweiz ist die soziale Mobilität ein bisschen höher, vor allem dank des dualen Bildungssystems.

«Evident, aber erstaunlicherweise wenig diskutiert war der Röstigraben.»

Aber auch an den hiesigen Universitäten sind vornehmlich Studenten anzutreffen, deren Eltern einen Hochschulabschluss besitzen und die Schweiz ist mitnichten eine klassenlose Gesellschaft.

Wirtschaftsstarke Regionen stimmten Ja

Schaut man sich das Abstimmungsergebnis vom 25. September 2022 genauer an, wird primär das unterschiedliche Abstimmungsverhalten von wohlhabenden Kantonen und Gemeinden im Vergleich zu ihren etwas weniger erfolgreichen Pendanten augenscheinlich. Die wirtschaftlich dynamischen Kantone der Zentralschweiz nahmen die AHV 21 wuchtig an, Zug gar mit 65 Prozent Ja-Stimmen. Mit den Folgen der Desindustrialisierung kämpfende, tiefbürgerliche Deutschschweizer Kantone wie Solothurn und Schaffhausen lehnten die Reform knapp ab. In Glarus wiederum erfolgte das Ja mit einem Zufallsmehr. Das wirtschaftsstarke Zürich nahm die AHV-Revision wuchtig an, das Ja reichte bis weit in die ansonsten rot-grün stimmende Stadt hinein. Der Hochsteuerkanton Bern stimmte knapper zu, wobei auffiel, dass Agglomerationsgemeinden im Speckgürtel der Stadt der Vorlage positiv gegenüberstanden und wirtschaftsschwächere Vorortsgemeinden skeptischer waren. In ländlichen Gebieten stimmten diejenigen Gemeinden am stärksten zu, wo unter anderem dank des Tourismus die Wirtschaft floriert.

Der Satz «It's the economy, stupid!» wird mit dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton in Verbindung gebracht, der damit ausdrücken wollte, dass das Wahlverhalten primär von der wirtschaftlichen Lage abhängig ist. Auf die Schweiz heruntergebrochen heisst dies, dass auch im Erfolgsland Schweiz die – je nach Region zum Teil stark unterschiedliche – Wirtschaftsleistung erhöhte Aufmerksamkeit verdient. Eine von der FDP geprägte Wirtschafts- und Finanzpolitik hat ehemals strukturschwachen Kantonen zu Aufschwung und Wohlstand verholfen. Weshalb sollte dies nicht auch in anderen Kantonen möglich sein?

Daniel Derungs,
Vorstandsmitglied FDP Service Public

Foto: gettyimages.ch.



Einstehen für eine liberale Gesellschaft

Vielfalt leben und Diversität anerkennen

Antiliberale Kräfte haben in der westlichen Hemisphäre Aufwind. Liberale Grundwerte stehen unter massivem Druck. Was ist zu tun?

In Italien kommen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Postfaschisten wieder an die Macht. In Russland agiert ein unberechenbarer Autokrat, welcher weit über die Ukraine hinaus die westlichen Werte unmittelbar bedroht. In zahlreichen osteuropäischen Ländern – von Weissrussland bis zur Türkei – sind Antidemokraten an den Schaltebelen der Macht. Und spätestens seit dem Sturm auf das Kapitol in Washington D. C. ist offensichtlich, wie die einst für freiheitliche und demokratische Grundwerte stehende USA politisch in sich zerbröckelt.

Diesen Kräften ist gemein, dass sie die persönlichen Freiheitsrechte verhöhnen, gegen die Vielfalt der Gesellschaft kämpfen, die Rechte der Frauen verachten und LGBTQ des Teufels bezeichnen. Sie stilisieren das traditionelle, klassische Familienbild mit der Frau am Kochherd und dem Mann als finanzieller Ernährer als einziges gesellschaftliches Heil.

Erkennen wir die Zeichen der Zeit

Wer nun glaubt, diese Kräfte seien nur in «entfernten» Ländern zu beobachten, der oder die irrt. Gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie haben sich auch in der Schweiz antiliberale Geisteshaltungen deutlich zu erkennen gegeben. Das ambivalente Spannungsfeld zwischen den persönlichen Freiheitsrechten und dem Anliegen nach gesellschaft-

lichem Gesundheitsschutz war eine gewaltige Zerreissprobe für jeden Liberalen. Freiheitstrychler und weit obskure Gruppierungen trieben das Ganze auf die Spitze. Und dass 20 Jahre nach der Volksabstimmung über die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs auch dieses Rad der gesellschaftlichen Entwicklung wieder mittels Initiativen zurückgedreht werden soll, erscheint mir kein Zufall.

Liberaler Kompass mehr denn je nötig!

Liberalismus ist eine Geisteshaltung und Weltanschauung, welche die Freiheit und Verantwortung des Individuums ins Zentrum rückt. Individuelle Freiheit wird als unabdingbare Voraussetzung für Demokratie, Wohlstand und Fortschritt verstanden. Liberale stehen ein für die Persönlichkeitsrechte und einen Rechtsstaat, der die grundlegenden Freiheiten sichert. Liberale ermöglichen die Selbstentfaltung des Einzelnen unter Berücksichtigung der Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft. Aus dem historischen Lexikon der Schweiz kann ergänzend zitiert werden: «In einem allgemeineren Sinn bezeichnet der Liberalismus auch ein respektvolles und tolerantes Verhalten dem anderen gegenüber.»

Liberalismus ist ein umfassendes Konzept, welches für liberale Lösungen in allen Politikfeldern – ob Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sozial-

«Liberal ist, wer die Zeichen der Zeit erkennt und danach handelt.»

oder Umweltpolitik – entsteht. Gerade in der Gesellschaftspolitik zeigt ein feiner Seismograf leicht auf, wohin das Pendel der Zeit im Ringen zwischen dem liberalen und antiliberalen Pool ausschlägt. Setzen wir Liberale uns deshalb mehr denn je für eine Gesellschaft ein, in welcher alle Bürgerinnen und Bürger ihr persönliches Potenzial frei entfalten sowie an Staat und Gesellschaft einen Beitrag leisten können. Vielfalt leben heisst für mich die Diversität der Gesellschaft anzuerkennen, zu fördern, zu gestalten, zu schützen und wo nötig zu bewahren. Oder um es mit den Worten des deutschen Staatsmannes Gustav Stresemann zusammenzufassen: «Liberal ist, wer die Zeichen der Zeit erkennt und danach handelt.»



Claude Meier (44) lebt in Bern, ist Direktor von Hotelleriesuisse und privat Vorstandsmitglied von Pinkcross sowie Mitglied von Radigal und der FDP Kanton Bern. www.meier-claude.ch

Die FDP Frauen setzen sich bei der familienexternen Kinderbetreuung für die Subjektfinanzierung ein.



Eltern finanziell unter die Arme greifen

Neuer Gesetzesentwurf zu Kinderbetreuungskosten

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) schlägt ein neues Gesetz zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf beziehungsweise Ausbildung vor. Dieses wurde im Mai dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt, an welcher sich auch die FDP Frauen beteiligt haben.

In der Schweiz besteht im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung Verbesserungspotenzial, insbesondere im Vergleich mit dem Ausland. Besonders bei der Bezahlbarkeit von familienexternen Betreuungsangeboten für die Eltern hinkt die Schweiz gemäss Studien hinterher. Das führt mitunter zu negativen Erwerbsanreizen, insbesondere der Frauen, welche von zusätzlichen Hürden wie der Heiratsstrafe noch verstärkt werden. Diese Rahmenbedingungen hemmen das wirtschaftliche Potenzial von Frauen und schaden der Wirtschaft. Investitionen in die familienexterne Kinderbetreuung sind deshalb insofern lohnend, als dass sie positive Erwerbsanreize schaffen, zu höheren Steuereinnahmen führen und einen langfristigen gesamtwirtschaftlichen Nutzen generieren.

Durch Subjektfinanzierung Eltern zielgerichtet unterstützen

Der Gesetzesvorschlag sieht unter anderem vor, dass sich der Bund weiterhin an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt. Die Unterstützungsleistung würde

von den Kantonen monatlich direkt an die bezugsberechtigten Eltern ausbezahlt. Die FDP Frauen befürworten diese unbürokratische Subjektfinanzierung. Durch sie haben Eltern die Möglichkeit, diejenigen familienexternen Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen, die ihren persönlichen Bedürfnissen zum Beispiel im Hinblick auf den Standort aber auch auf die angebotene Qualität und das Angebot an sich am besten entsprechen. Damit wird die Wahlfreiheit der Eltern respektiert. Zudem kann sich das System entsprechend der Nachfrage entwickeln.

Unterstützungsbeiträge an Erwerbstätigkeit knüpfen

Der Vorschlag der WBK-N sieht aktuell keinen Mindestbeschäftigungsgrad als Voraussetzung für einen Bezugsanspruch vor. Die FDP Frauen kritisieren dies. Der Bundesbeitrag soll denjenigen Eltern zugutekommen, die aufgrund einer Arbeitstätigkeit oder Ausbildung auf eine familienexterne Kinderbetreuungslösung angewiesen sind. Wir halten fest, dass die Subventionen an die Erwerbs-

tätigkeit geknüpft werden sollten und dies in der Vorlage klarer geregelt werden muss. Nur so entsteht auch der erwartete gesamtwirtschaftliche Nutzen. Es muss aber geprüft werden, wie dieser Grundsatz bei Alleinerziehenden und getrennt lebenden Eltern umgesetzt werden kann. Die Vorlage muss auch diese Familienformen miteinbeziehen.

Frühkindliche Förderung ist Kantonskompetenz

Auch die frühkindliche Förderung soll mit Bundesmitteln unterstützt werden. Der Begriff «frühkindliche Förderung» ist im Gesetzesentwurf aber zu breit gefasst und der Zusammenhang mit der familienexternen Kinderbetreuung muss klarer aufgezeigt werden. Auch darf aus Sicht der FDP Frauen die Verantwortung für die frühkindliche Förderung nicht an die Kinderbetreuungsinstitutionen übertragen werden. Dieser Bereich liegt klar in der Kompetenz der Kantone. Es muss geprüft werden, wo der Bund die Kantone in konkreten Bereichen, in denen akuter Handlungsbedarf besteht, beispielsweise bei den Betreuungsangeboten für Kinder mit Beeinträchtigung oder Strukturen zur sprachlichen Integration, finanziell unterstützen kann.

**Ursina Flütsch, Geschäftsführerin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Ständerat Philippe Bauer begrüsst die Jungfreisinnigen in Neuenburg.



DV in einzigartiger Umgebung

Jungfreisinnige sind bereit für den Wahlkampf

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz fand in Cressier im Kanton Neuenburg statt. Gastgeberin war die Varo SA, die die einzige Erdölraffinerie der Schweiz. Rund 80 Mitglieder kamen nach Cressier, um unter anderem die neuen Positionspapiere zur Europa- und LGBTQ+-Politik anzunehmen.

Es war ein regnerischer Tag in der sonst so sonnigen Romandie. Doch das hinderte die Delegierten nicht daran, schon ganz früh aus der ganzen Schweiz anzureisen. Grund dafür war die Erdölraffinerie in Cressier. Die Betreiberin erklärte den Anwesenden in zwei Vorträgen, wie wichtig die Raffinerie für die Schweiz ist. Die Delegierten konnten ihre Fragen direkt an die Geschäftsführer stellen und am Schluss in einem Car über das Gelände fahren – zu Fuss hätte dies aufgrund der eindrucksvollen Dimensionen zu lange gedauert.

Neues aus dem Bundeshaus

Mit dem Besuch von Ständerat Philippe Bauer und Fraktionspräsident Damien Cottier erfuhren die Mitglieder des Jungfreisinns aus erster Quelle, was derzeit im Bundeshaus für Diskussionen sorgt. Besonders die Strommangellage, die Beziehungen zur Europäischen Union, aber auch die eidgenössischen Wahlen 2023 sind weit oben auf der Traktandenliste. Die beiden Parlamentarier lobten die Arbeit der Jungfreisinnigen und zeigten sich erfreut über deren Präsenz in der Romandie. Neben zwei Positionspapieren zur Europa- und zur LGBTQ+-Politik, verabschiedeten die Delegierten ein neues Leitbild, das sogenannte

«Liberales Manifest». Schliesslich bestimmten sie den Austragungsort des nächsten Kongresses. Dieser wird im März 2023 in St. Gallen stattfinden. Um den Tag ausklingen zu lassen, fand in einer «Cave» in der Nähe von Neuenburg eine Weinegustation statt.

Aufbruch 2023

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz traf sich Anfang Oktober in Zürich, um die notwendigen Schritte für das Wahljahr 2023 zu planen. Das Generalsekretariat präsentierte den Fahrplan für das nächste Jahr. Die Ideen der Vorstandsmitglieder flossen ein und wurden entsprechend verarbeitet. Das Ziel ist klar: Ein weiterer Einzug in den Nationalrat! Denn schon heute stellt der Jungfreisinn den jüngsten Nationalrat sowie die jüngste Ständerätin. Keine andere Jungpartei kann diese Erfolge vorweisen. Die operative Umsetzung des Wahlkampfkonzepts bringt viel Arbeit mit sich. Das Generalsekretariat wurde deshalb bereits um 60 auf 160 Stellenprozente erhöht. Ein spannendes Wahljahr ist garantiert.

Sven Gaberthüel,
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, freute sich über den grossen Aufmarsch.



Rund 80 Jungfreisinnige fanden den Weg nach Cressier.



Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier im Gespräch mit Gilles Vollin von Varo.



Die Schweiz hat Nachholbedarf

Vernachlässigtes digitales Potenzial

Die FDP International trägt die Aussensicht auf die Schweiz in die FDP und die Schweizer Politik. Immer wieder erfahren wir, dass der Stand der Digitalisierung in vielen Wohnsitzländern unserer Mitglieder weiter fortgeschritten ist als in der Schweiz. Das zeigt, dass die Digitalisierung stärker vorangetrieben werden muss.

Die elektronische Wohnsitzanmeldung mit der E-ID in Deutschland, Online-Abwicklung von Import- und Export-Geschäften in Kanada, das eigene umfassende elektronische Patientendossier in der Türkei, das Telefon als Bankkonto in Sambia – die Beispiele für digitale Anwendungen in anderen Ländern sind endlos. In mindestens zwei Dutzend Ländern gibt es eigentliche Ministerien für Digitalisierung. Zehn davon sind in einem Forum «Digital Nations» zusammengeschlossen, haben gemeinsame Prinzipien, Standards und «Best Practices» festgelegt und unterstützen sich gegenseitig bei neuen Entwicklungen.

In der Schweiz sehen wir durchaus Anstrengungen und Fortschritte. Erst kürzlich sprach sich der Nationalrat für das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben aus. Davon würden auf jeden Fall die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren. E-Voting ist ein zentrales Anliegen, um

bei Abstimmungen und Wahlen die politischen Rechte wahrzunehmen, eine E-ID ist Voraussetzung für den Verkehr mit Behörden. Es sind aber auch die unzähligen Schweizer Firmen im Ausland, denen digitale Lösungen ihre Abläufe vereinfachen könnten. Und nicht zuletzt sind in einem modernen und innovativen Land wie der Schweiz gedruckte Formulare und Behördengänge ein Anachronismus.

Woran liegt es?

Während sich weltweit Nationen zusammen auf Standards einigen, haben wir in der kleinen Schweiz 26 Lösungen, im besten Fall wenigstens kompatibel. Unser Föderalismus ist wertvoll, wenn es darum geht, regionale Besonderheiten in der Politik abzubilden und das Prinzip der Subsidiarität zu leben, aber bei umfassenden Entwicklungen und Projekten müssten Lösungen auf Bundesebene gesucht werden.

Wir haben für fast alle Vorgänge gut entwickelte und erprobte nicht digitale Lösungen – und Altbekanntes gibt man nicht gerne auf. Aus diesem Grund haben oft genannte Länder wie Estland und Uruguay die Nase vorn. Sie haben den Schritt über funktionierende Verwaltungen übersprungen und sind gleich ins digitale Zeitalter eingestiegen. In der Bevölkerung herrscht Skepsis gegenüber digitalen Lösungen, Datenschutz ist zentral – auch wenn man gleichzeitig fast alles von sich preisgibt über Apps, Social Media, Fitness Trackers usw. In anderen Kulturen sind solche Vorbehalte weniger präsent, was auch zu nach unserem Verständnis nicht nachahmenswerten Entwicklungen führt, zum Beispiel China.

Mehr Effizienz, tiefere Kosten

In sämtlichen Departementen gibt es grosses Potenzial für Vereinfachungen, höhere Effizienz und tiefere Kosten. Im BAG versucht man Defizite abzubauen, die während der Pandemie deutlich geworden sind. Wirklich erfolgreich scheinen die Anstrengungen bisher nicht, wie auch der ehemalige Digitalisierungschef des BAG in einem Interview im «Tages-Anzeiger» anprangert.

Dass im VBS endlos Millionen in verschiedenen abgebrochenen Projekten versickert sind, ist hinlänglich bekannt.

Das EDA ist auf gutem Weg, die Administration in der konsularischen Betreuung zu vereinfachen.

Ähnlich wie die Koordination zum Teil in den Kantonen fehlt, sind auch die verschiedenen Departemente unterschiedlich unterwegs. Was fehlt, ist eine Vision und übergeordnete Strategie wie zum Beispiel in Kanada: «Government in a digital age – Working on tomorrow's Canada, today.»

Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

FDP International

Können wir in der Schweiz nicht auch einen koordinierten Ansatz für den Weg in die digitale Zukunft finden? Die FDP International versucht aktiv mit Ideen und internationaler Expertise zum Thema beizutragen. Haben Sie eigene Ideen oder möchten Sie sich über das Thema austauschen? Dann freuen wir uns auf Ihr E-Mail an freiermuth@fdp.international.com oder luessi@fdp.ch.



FDP Zürich ist bereit

Am 12. Februar ist Wahltag

Parteipräsident Hans-Jakob Boesch setzt auf den konstanten Austausch mit den freisinnigen Wählerinnen und Wählern in Zürich. Damit soll die Mobilisierung bei den anstehenden Wahlen gelingen und der positive FDP-Trend fortgesetzt werden.

Die kantonalen Wahlen in Zürich gelten gemeinhin als wichtiger Stimmungstest für die eidgenössischen Wahlen, die acht Monate später folgen. Ein gutes Abschneiden in Zürich kann einer Partei nötigen Schub für den nationalen Wahlkampf geben. Die FDP Zürich ist zuversichtlich, dass sie für die anstehenden Wahlen gut aufgestellt ist, wie Präsident Hans-Jakob Boesch erklärt: «Die Abläufe und Gremien funktionieren und in den Orts- und Kreisparteien ist eine hohe Motivation spürbar. Die guten Ergebnisse in den kommunalen Wahlen 2022 geben uns Rückenwind für den Wahlkampf.» Die Herausforderung einer kantonalen Wahl ist, dass die Themensetzung mehrheitlich national oder gar international erfolgt. Die Kantonalpartei kann sich nur in die laufenden Diskussionen einbringen und versuchen, sie zu beeinflussen. Die FDP Zürich sei dafür aber gewappnet, sagt Boesch: «Bei den dominierenden Themen Energieversorgung, Sicherheit und Arbeitsmarkt ist die FDP mit konstruktiven Lösungen präsent.

Auch im Bereich Umweltpolitik können wir mit liberalen Antworten punkten.»

Mobilisierung ist alles

Die FDP Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, bei den Kantonsratswahlen Sitze dazu zu gewinnen. Bei den Regierungsratswahlen treten alle Bisherigen erneut an, darunter die amtierende FDP-Regierungsrätin Carmen Walker-Späh. Peter Grünenfelder will den zweiten FDP-Sitz erobern und müsste dafür ein bisheriges Regierungsmitglied verdrängen, was eine grosse Herausforderung ist. Der Schlüssel eines erfolgreichen Wahlkampfes ist die Mobilisierung der eigenen Anhänger. Die FDP Zürich führt deshalb nicht einen klassischen Wahlkampf, der drei Monate vor dem Urnengang beginnt, sondern spricht ihre Wählerinnen und Wähler konstant an. «Mittels Beiträgen in den Social Media, Werbung im digitalen Raum und Berichterstattungen in den klassischen Medien zeigen wir unseren Sympathisantinnen und Sympathisanten,

Weil das Rathaus renoviert wird, tagt der Zürcher Kantonsrat in der nächsten Legislatur in der Bullingerkirche in Zürich. Foto: ENF



Hans-Jakob Boesch, Präsident FDP Zürich

dass wir, die FDP, uns für ihre Anliegen einsetzen», sagt Boesch. Auf Social Media könne man gut analysieren, was bei der freisinnigen Zielgruppe ankomme und die Themen entsprechend bearbeiten. Weitere Mobilisierungsinstrumente im Wahlkampf sind die ÖV-Initiative sowie die Petition Wasserkraft, die von der FDP Zürich lanciert und bereits von zahlreichen Kantonalparteien übernommen wurde. Neben dem Wahlkampf der Kantonalpartei finden in den Gemeinden zahlreiche Standaktionen und Veranstaltungen statt, damit die Kantonsratskandidierenden den direkten Kontakt mit der Bevölkerung pflegen können. So machen sie die Partei sicht- und spürbar.

Stress und Spass

Hans-Jakob Boesch stehen intensive drei Monate bevor. Für den Präsidenten bedeuten die kantonalen Wahlen in erster Linie zusätzlichen Aufwand und Stress. Darauf ist Boesch vorbereitet: «Das gehört zum Wahlkampf. Gibt es Angriffe auf uns, steigt immer auch das Adrenalin. Aber wir stellen uns dem politischen Wettstreit und nutzen die erhöhte Aufmerksamkeit, um unsere Positionen bekanntzumachen. Das macht durchaus auch Spass.» Mit diesem Spirit scheint die FDP Zürich gut gerüstet und die Chancen sind hoch, dass der Spass auch am Abend des Wahlsonntags noch anhält.

Marco Wölfli

Migration aus der Ukraine

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.



Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und ab-

gestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt

habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.

«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beeindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität

in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherrzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin



September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.



März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.



Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.



Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.



Session im Schnellzugtempo

Überblick der wichtigsten Geschäfte der Herbstsession

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession insbesondere in der Energiepolitik bedeutsame Beschlüsse gefasst. Während es in der Energie- und Umweltpolitik kaum ein Halten gab, wurde die Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr ausgebremst.

Der Schweizer Politbetrieb zeichnet sich im Normalfall durch eine gewisse Behäbigkeit aus und langwierige Gesetzesprozesse sind Usus. Nicht so in der vergangenen Herbstsession. Die eidgenössischen Räte haben im Krisenmodus wegweisende Beschlüsse im Eilverfahren gefasst, deren Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheide:

Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Nachdem in der Sommersession der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative als Erstrat beraten hatte, war nun der Ständerat an der Reihe. Mit dem Ziel, die Vorlage bis Ende Session fertigzuberaten, konnten die wichtigsten Differenzen rasch bereinigt werden und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen werden.

In der Gesamtbeurteilung hat die FDP den überparteilichen Kompromiss mitgetragen. Dank diesem können im Gesetz verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 gesteckt werden. Daneben gehören die Förderungen von neuen Technologien und ein grosszügig ausgestattetes Ersatzprogramm

von Heizungen dazu. Vor allem der letzte Teil der Vorlage ist nicht nach den Vorstellungen der Freisinnigen zustande gekommen. Im Sinne des Kompromisses trägt man aber auch diesen Teil mit. Damit zeigen sich auch die Initianten zufrieden, die angekündigt haben, dass sie ihre Initiative zurückziehen wollen. Da ein Referendum lanciert wurde, dürfte dennoch eine Volksabstimmung stattfinden.

Erneuerbare Energie-Initiative

Im Kontext der Beratung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative hat der Ständerat beschlossen, auch einen dringlichen Beschluss zugunsten des Ausbaus von Solarenergie in der Schweiz einzuführen. Dieser wurde im Verlauf der Beratungen abgespalten und nach einer dringlichen Differenzbereinigung durch den National- und Ständerat in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Damit wurde im Rekordtempo ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien beschlossen.

Mit dieser neuen Vorlage sollen innerhalb sehr kurzer Frist mehr Stromkapazitäten in der Schweiz geschaffen werden. Mit diesem Gesetz soll im Kern der Zubau von mehr einheimischem

Winterstrom beschleunigt werden. Neben einem erleichterten Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen in den Bergen wird es auch eine Solar-Pflicht für bestimmte Neubauten geben. Dass diese Regel nicht für alle Neubauten gilt, ist auch das Verdienst der FDP. Die Liberalen-Fraktion, die sich erfolgreich für eine Einschränkung eingesetzt hat. Zudem beinhaltet sie auch noch eine Beschleunigung beim Ausbau der Grimsel-Staumauer.

Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das Bundesparlament hat ein weiteres Paket zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket sieht Vereinfachungen bei der Zulassung parallel-importierter Medikamente vor. Zudem wird ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände eingeführt, um gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen vorzugehen.

Lange umstritten war eine Bestimmung, wonach die Tarifpartner die Kosten überwachen und Korrekturmassnahmen ergreifen, sobald sich die Kostenentwicklung nicht durch Faktoren wie die Alterung der Bevölkerung erklären lässt. Der Durchbruch bei dieser letzten Differenz gelang dank eines Kompromissvorschlags der ständerätliche Gesundheitskommission, welcher ein Monitoring der Kostenentwicklung und Korrekturmassnahmen vorsieht, allerdings ohne Eingriffsmöglichkeiten für Bund und Kantone, falls sich die Tarifpartner nicht

einigen können. Die Tarifpartnerschaft bleibt somit gewahrt, weitere staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wurden gestrichen.

In der Gesundheitspolitik geht es Schlag auf Schlag weiter. Nebst den zahlreichen hängigen Geschäften (u.a. EFAS, indirekter Gegenvorschlag Kostenbremsinitiative) wird sich das Parlament mit einem zweiten Kostendämpfungspaket befassen. Die entsprechenden Arbeiten werden im nächsten Quartal durch die vorberatende Kommission des Nationalrats aufgenommen. Die FDP wird sich auch bei dieser Vorlage für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen einsetzen, dessen Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Unsere Stossrichtung haben wir kürzlich in einem Forderungspapier aufgezeigt.

Destruktive Rückweisung verhindert Vorwärtsgang bei der Abschaffung des Eigenmietwerts

Bereits 2017 wurde die Vorlage für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung eingereicht. Fünf Jahre später war nun der Nationalrat in der Herbstsession als Zweitrat an der Reihe, um eine Lösung zu zimmern. Das zeugt bereits von der Komplexität der Materie wie auch von der Schwierigkeit, eine mehrheitsfähige und saubere Lösung auszuarbeiten. Dass nach dem Beschluss des Ständerats in der Herbstsession vor einem Jahr noch

nichts in Stein gemeisselt ist, war bereits im Vorherigen klar, aber zumindest wurde die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts wieder ins Rollen gebracht.

Im gleichen Sinne hat die WAK-N das Geschäft vorberaten. Zwar kann die Vorlage der WAK-N als «Maximalvariante» erachtet werden, so stellt sie jedoch eine gute Diskussionsgrundlage dar. Die FDP hat zudem stets betont, dass sie offen für Kompromisse ist. Zur Beratung der Vorlage ist es jedoch gar nicht gekommen: Der Nationalrat trat zwar auf die Vorlage ein, wollte die Abschaffung des Eigenmietwertes aber noch nicht beraten und schickte die Vorlage auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Nun soll eine Subkommission eingesetzt und die Kantone sollen mehr in die Diskussion miteinbezogen werden. Dieser Rückweisungsantrag der Mitte fand leider eine Mehrheit, nur die FDP und die SVP stellten sich dagegen. Aus Sicht der FDP bleibt es unrealistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt, auch da sich die Zusammensetzung der vorberatenden Kommission nicht ändert. Die Mitte hat somit eine konstruktive Diskussion abgewürgt, bevor diese überhaupt geführt werden konnte. Damit wird die überfällige Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr unnötig verzögert. Es bleibt das Ziel der FDP, dieser schädli-



Damien Cottier.

chen Steuer ein Ende zu bereiten und damit den Mittelstand und auch zukünftige Wohneigentümer zu entlasten.

Damien Cottier,
Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Für eine Zukunft mit Perspektive

perspektiveschweiz.ch

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes

Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Landes. Als Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Schweizer Landwirtschaft wollen wir deshalb zukünftig noch enger und aktiver zusammenarbeiten.

Wir bündeln unsere Kräfte, um Stabilität und Sicherheit zu erzielen. Unsere Zusammenarbeit basiert auf wirtschafts-, landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, die wir zum Wohle aller gemeinsam bearbeiten und voranbringen wollen.

Liegt uns doch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft kennen und erkennen. Nur eine starke Wirtschaft und Landwirtschaft sorgen für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik.

Wir werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politik. Wir werben für eine Politik mit Perspektive!

Christoph Mäder
Präsident
economiesuisse



Fabio Regazzi
Präsident Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

sgv@usam

Valentin Vogt
Präsident Schweizer
Arbeitgeberverband

SCHWEIZERISCHER
ARBEITGEBERVERBAND
Die Arbeitgeber

Markus Ritter
Präsident Schweizer
Bauernverband

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini
sbv|usp|usc

**PERSPEKTIVE
SCHWEIZ**



Kantonale Wahlen

Die wiedergewählten Regierungsräte Andreas Hostettler (links) und Florian Weber.



Ständerat Matthias Michel gratuliert Etienne Schumpf zur Wahl in die Zuger Stadtregierung.



Zufrieden Gewählte von links: Urs Andermatt, Michael Arnold, Karl Bürgler (alle Kantonsrat) sowie Mark Gustafson (Gemeinderat Baar).

Cédric Schmid hat als Präsident der FDP Zug seine Partei zum Sieg geführt. Im Interview spricht Schmid über die Bedeutung der Door-to-Door-Kampagne und wieso in den Tagen vor der Wahl noch ein besonderer Einsatz erforderlich war.

Nur eine Woche nach dem eidgenössischen Abstimmungssonntag wurden die Zugerinnen und Zuger erneut an die Urne gerufen. Im Zentralschweizer Kanton stand am 2. Oktober ein Super-Sunday an. An den Gesamterneuerungswahlen wurden sämtliche Exekutiv- und Legislativämter im Kanton und in allen Gemeinden erneuert. Die FDP gehörte an diesem Wahlsonntag zu den Gewinnerinnen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wurden souverän wiedergewählt und im Kantonsrat legte die FDP zwei Sitze zu und ist neu zweitstärkste Partei im Kanton.

Wie hast du als Präsident der FDP Zug den Wahlsonntag erlebt?

Cédric Schmid: Es war ein intensiver, aber natürlich sehr erfreulicher Tag. Kurz vor 14 Uhr erhielt ich die ersten Resultate aus der Berggemeinde Menzingen, wo wir den Wähleranteil erhöht haben und ein Gemeinderatssitz haben erobern können. Danach ging es schnell: eine Gemeinde nach der anderen meldete: FDP legt zu! Mit all diesen News folgten die riesige Erleichterung und damit auch zahlreiche Gratulationen – auch von Thierry Burkart, was mich besonders gefreut hat.

Wurde nach dem Sieg noch kräftig gefeiert?

Aber natürlich! In fast allen Gemeinden fanden Wahlfeiern statt bis tief in die Nacht hinein. Einige Kandidierende und Wahlhelfer haben den Start in die Arbeitswoche etwas später begonnen. Dieser Wahlsieg hat uns allen gutgetan – alle sind topmotiviert und bereit, die neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen!

Wie anspruchsvoll waren die letzten Tage vor der Wahl?

Sehr anspruchsvoll. In der letzten Woche vor dem Super-Sunday erfuhren wir, dass der Rücklauf der Wahlcouverts sehr tief sei. Deshalb haben wir noch einmal im persönlichen Umkreis potenzielle freisinnige Wähler kontaktiert und motiviert, wählen zu gehen. Die daraus erhaltenen Rückmeldungen zeigten uns: dieser Kraftakt hat sich gelohnt. Viele bedankten sich für den persönlichen «Reminder» und gingen zur Urne. Dies ist nur eine von verschiedenen Massnahmen, die wir in der letzten Woche noch getroffen haben.

Zwei Sitze im Kantonsrat gewonnen (neu 18) und beide Regierungsräte souverän wiedergewählt. Bist du zufrieden?

Grundsätzlich schon. Die FDP hat das erste Mal seit 1994 wieder Sitze im Kantonsrat gewonnen. Eines unserer erklärten Ziele waren 19 Sitze im Kantonsrat, also ein Gewinn von drei Sitzen. Wenn jener in der Stadt Zug nicht verloren gegangen wäre, hätten wir es geschafft. Alle anderen Ziele haben wir aber gut erreicht – insbesondere freuen mich die hervorragend wiedergewählten Regierungsräte und auch, dass 33 Prozent aller Gemeinderatssitze in FDP-Hand sind.

Wäre sogar noch mehr drin gelegen?

Bei einem Wähleranteil von 21,9 Prozent könnte man im Grundsatz zufrieden sein. Trotzdem sage ich, es liegt noch mehr drin. Bei den zugewanderten, welche eher liberal sind und auch aus unternehmerischen Kreisen stammen, haben wir das grösste Potenzial. Dies zeigen insbesondere die Resultate aus der Stadt Zug und auch die in der Gemeinde Risch/Rotkreuz. Ganz nach dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt es, dieses Potenzial aufzubauen, damit wir im Kanton Zug in den nächsten Wahlen wieder mit positiven Zahlen glänzen können.

Was nimmst du von diesem Wahlkampf mit?

«Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig.»

Viel Erfahrung. Der direkte Kontakt und der intensive Austausch mit den Sektionsparteien war enorm wichtig, wie auch der frühe Beginn der Wahlvorbereitungen. Im Zentrum der intensiven Vorbereitungsarbeiten lag die Wahl unseres Wahlslogans. Nach intensiven internen Diskussionen und verschiedenen, tiefgründigen Meinungsfindungsprozessen entschieden wir, das Claim «Lebensqualität» zu wählen. Dieser Prozess förderte auch den Zusammenhalt in der Partei – eine wichtige Voraussetzung, um Wahlen zu gewinnen.

Auch die Door-to-Door-Kampagne war eine Schlüsselaktion. In den Gemeinden, in denen wir auf Door-to-Door gesetzt haben, gab es die grösseren Gewinne. Eine weitere Erkenntnis ist die Bedeutung von Social Media. Heutzutage ist es unumgänglich, dass Kandidierende während des Wahlkampfes kurze Videos mit einer Botschaft auf allen möglichen Kanälen verbreiten. Dies ersetzt aber keinesfalls die persönlichen Begegnungen auf der Strasse, in Vereinen und verschiedenen, regionalen Kreisen.



Cédric Schmid führte die FDP Zug als Präsident zum Erfolg.

Welche Tipps hast du für die Kantonalparteien, die nächstes Jahr kantonale Wahlen haben?

Kurz und bündig: Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig, keine Minute vorher. Bis dahin muss man dranbleiben und die Leute mobilisieren, dass sie tatsächlich wählen gehen. Die letzte Woche vor den Wahlen darf keinesfalls unterschätzt werden!

Interview: Marco Wölfli

Die FDP will künftig mehr Personen in den Baselbieter Landrat entsenden.



Einsatz für den Menschen

Machen statt nur wollen

Nationalrätin Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass ihre Kantonalpartei bei den kommenden Wahlen zu den Gewinnern gehört. Die FDP Baselland rückt die Wählerinnen und Wähler konsequent in den Fokus.

Am 12. Februar 2023 finden im Baselbiet die kantonalen Wahlen statt. 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen sowie die bisherige Regierungsrätin Monica Gschwind für die Regierungsratswahlen treten an. Klar, fiebere ich auch mit. Die FDP Baselland hat sich entschieden, die Kampagne anders und innovativer aufzugleisen als bisher. So stellen wir bewusst den Menschen – also die Wählerinnen und Wähler – in den Fokus, das heisst, wir wollen auf leere Floskeln und polemische Versprechungen verzichten. Unter unserem Leitsatz «zuverlässig liberal» wollen wir ins Doppelwahljahr starten. Unser Leitmotiv ist, dass Baselbieterinnen und Baselbieter ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für Herausforderungen finden wir Lösungen. Sei dies bei der Überwindung der Stromkrise, im Kampf für eine zeitgemässe Bildung und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eben: zuverlässig liberal, und dies seit über 100 Jahren!

Probleme erkennen und lösen

Der Anspruch ist hoch, denn den Menschen in den Fokus zu stellen braucht sehr viel Engagement – sei es vom Wahlkampfteam, aber vor allem auch von den Kandidatinnen und Kandidaten. Es reicht nicht, sich im stillen Kämmerchen einen Slogan zu überlegen und dann für die sozialen Medien die

blauen Balken auf ein Bild zu legen. Es reicht auch nicht, vergangene Erfolge oder Leistungen zu zeigen. Der Mensch im Fokus heisst Machen. Und zwar konsequent: Probleme erkennen und lösen. Unter den Jungen gibt's dazu einen guten Spruch: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Wir sind also mutig und selbstbewusst: Wir haben die liberalen Köpfe aus dem Baselbiet auf unseren Listen, die sich seit Jahren für ihre Gemeinden, für den Kanton und für den Freisinn einsetzen.

Unsere bisherige Regierungsrätin tritt nochmals an. Gemeinsam mit dem bisherigen Regierungsrat Anton Lauber von der «Mitte» und der SVP, welche die Nationalrätin Sandra Sollberger (neu) für den abtretenden Thomas Weber stellen. Zusammen bilden wir die sogenannte «Bürgerliche Allianz» und wollen die bürgerliche Mehrheit (das heisst drei von fünf Sitzen) in der Baselbieter Regierung behalten.

Als FDP haben wir zurzeit 17 von 90 Sitzen im Landrat, dies entspricht einem Wähleranteil von 17,4 Prozent. Wir sind damit die drittstärkste Partei (SP 22,84 Prozent vor SVP 22,66 Prozent). Unser Ziel ist klar: die SP überholen. Dafür werden wir kämpfen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

900 Freisinnige starten gemeinsam ins

Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP. Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in

der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»



Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.



Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.



Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.



Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.



Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.



Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.

Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber



Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.



Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.

Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.



Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.



Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.

Neue Kampagne

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).



Für eine Zukunft mit Perspektive

Verbände werben für wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik

Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1x Nein, 3x Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene

Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigten sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum



Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!



Mehr Infos
zu Perspektive
Schweiz.

Die FDP legt zu

Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerer Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-

Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarts Wirken als negativ.

Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Alters-



Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, legen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsiniciativen und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die

vorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO₂-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

KOLUMNE

Appell an den Föderalismus



Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgaben- disziplin des Staates zu verbessern.

Johanna Gapany,
Parteilichepräsidentin und Ständerätin FR



Thierry Burkart Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»



Josef Dittli Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»



Marcel Dobler Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»



Olivier François Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»



Johanna Gapany Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»



Philippe Nantermod Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»



Maja Riniker Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»



Andri Silberschmidt Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»



Christian Wasserfallen Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»



Hans Wicki Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»



Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen

CHANCE5G

Die Schweiz fortschrittlich verbunden.